

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

16.8.1930 (No. 189)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
L. R.:
G. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustelgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und bevorzugt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagen über die Ausführung der Anzeigen sind diese an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Ansetzer keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Völkerbundstagung Der Beratungstoff

Der diesjährige Vollversammlung des Völkerbundes, die am 10. September von dem Venezolaner Zameta als Vizepräsidenten eröffnet werden wird — fünf Tage nach Beginn der ordentlichen Sitzung — wartet ein Diskussionsstoff, der weit über den Rahmen der üblichen Genfer Arbeit hinausgreift.

Die Briand'schen Anregungen für eine europäische Organisation werden das erste in unmittelbarer Aussprache durchleuchtet werden; dieses große Problem ist zwar noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt, soll aber nach den Meldungen der französischen Presse unmittelbar nach dem Zusammenritt der Vollversammlung zur Debatte gestellt werden. Nicht so weitreichende, aber aktuelle Bedeutung kommt den Auseinandersetzungen zu, die sich gewiss an den Vorträgen über die Beschlüsse der Völkerbundkonferenz knüpfen werden. Deutschland hat da infolge der Erhöhung seiner landwirtschaftlichen Zölle keine leichte Lage.

Auch dem großen, bisher in Genf nur kümmerlich gestellten Gebiet der Friedenssicherung wird man sich abermals zu widmen haben. Der Bericht eines Juristenkomitees, das eingesetzt worden war, um Vorschläge für eine Angleichung der Völkerbundsstatuten an den Kellogg-Pakt zu machen, liegt fertig vor. Bei der Erörterung über ihn ist eine Debatte über die Abrüstungsfragen und die Frage des Winderbeiten-schutzes zu erwarten. Für die Abrüstungsfrage werden die Vorschläge des Sicherheitskomitees über den Kriegsverhütungspakt und eine finanzielle Hilfeleistung für angegriffene Staaten eine besondere Rolle spielen.

Im übrigen ist von der Tagesordnung zu erwähnen, daß bei nichtständige Ratsmitglieder neu gewählt werden müssen, da Kanada, Kuba und Finnland ausscheiden werden. Für Kuba wird wahrscheinlich ein anderer latein-amerikanischer Staat gewählt werden, während über die Nachfolge Kanadas und Finnlands eine Vorausfrage noch nicht gemacht werden kann. Ferner hat die Versammlung zum Haager Gerichtshof zu wählen. Endlich stehen für die Vollversammlung abermals Mandatsfragen zur Debatte.

Ein italienisches Memorandum

WTB. Paris, 16. Aug. (Tel.) Der „Eclair“ will berichten können, daß das Eintreffen des italienischen Memorandums im Völkerbund große Sensation hervorgerufen habe und wohl bei der Septemberversammlung zur Erörterung kommen werde. Obwohl der Text des Memorandums geheimgehalten werde, wisse man, daß die italienische Regierung sämtliche Einwendungen gegen die Organisation des internationalen Arbeitsamtes und gegen den internationalen Schiedsgerichtshof im Haag vorbringe und eine völlige Reform des Völkerbunds sekretariats ins Auge fesse. Die italienische Regierung betrachte die Befugnisse des Generalsekretärs Sir Eric Drummond (England) und des stellvertretenden Generalsekretärs Avenol (Frankreich) als zu ausgedehnt und kritisiere, daß 40 Prozent der höheren Völkerbundsbeamten Engländer oder Franzosen seien. Die italienische Regierung wünsche die Schaffung einer Art Ministerrat, unter dem Vorsitz von Sir Eric Drummond, dem aber nicht nur Avenol zur Seite stehen solle, sondern auch Dufour-Jerome (Deutschland), Paolucci (Italien) und Sigmura (Japan). Die Zahl der stellvertretenden Völkerbundssekretäre solle auf acht erhöht werden. Von diesem neuen Organismus sollten alle politischen und finanziellen Fragen behandelt werden.

Die Osthilfe

Eine Unterredung mit Minister Dr. Schiele

Ein Vertreter der „Deutsch. Tageszeitung“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsernährungsminister Dr. Schiele über die Durchführung der Osthilfe. Dr. Schiele sagte in Beantwortung mehrerer Fragen u. a.:

Alle Maßnahmen, die in der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vorgesehen werden konnten, werden so schnell als möglich in Gang gesetzt werden. Die Ausschüttung der Umschuldungsummen, namentlich die Durchführung der vorgeschriebenen Prüfungen werden nach Möglichkeit beschleunigt. Die Osthilfe übernimmt zwar gewisse Funktionen, die auch vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hätten ausgeführt werden können. Aber meine sachliche Zuständigkeit bleibt im Grundsatze unberührt. Die Umschuldungskredite werden in der nächsten Zeit etwa zu gleichen Teilen von der Rentenamtverwaltungsstelle und der Reichs-Zentralgenossenschaftskasse zur Verfügung gestellt. Die Verordnung des Reichspräsidenten sieht vor, daß das Anwendungsgesetz weiter ausgedehnt werden kann. Für die Umschuldung wird die Reichsregierung gerne von dieser Befugnis Gebrauch machen, sofern nur sichergestellt, daß ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Erst wenn die Umschuldung gesichert ist, kann ein Vollstreckungsschutz gewährt werden, da dieser die Umschuldungsmöglichkeit zur Voraussetzung hat.

Die „Germania“ meldet, daß die Regierung beabsichtigt, im Herbst ein neues Gesamtprogramm zu unterbreiten, das auch alle sonstigen Notstandsgebiete des Ostens (also wohl auch die an der baltisch-ostpreussischen Grenze) einbeziehen soll.

Einreise von Ferienkindern in die Schweiz verboten. Der schweizerische Bundesrat hat beschlossen, die Einreise von Ferienkindern aus dem Elsaß mit Rücksicht auf die dort vorgekommenen Fälle von spinaler Kinderlähmung bis auf weiteres zu verbieten.

Tiefstand des amerikanischen Außenhandels. Der amerikanische Außenhandel zeigt im Monat Juli den tiefsten Stand seit 10 Jahren. Die Ausfuhr betrug 269 Millionen Dollar, die Einfuhr 219 Millionen, d. h. in beiden Fällen über 30 Prozent weniger als im Juli 1929.

Letzte Nachrichten

Der Deutsche Außenhandel im Juli Wieder Ausfuhrüberschuß

WTB. Berlin, 16. Aug. (Tel.) Die Ausfuhr, gegenüber dem Vormonat um 40 Mill. Reichsmark gestiegen, betrug im Juli 950 Mill. Reichsmark, wovon 55 Mill. Reichsmark (im Vormonat 52 Mill. Reichsmark) auf die Reparations-Sachlieferungen entfielen. Die Einfuhr erreichte im Juli nur 909 Mill. Reichsmark (Juni 814), obwohl in den Einfuhrnachweis für diesen Monat das Ergebnis der Zollabrechnungen aus dem Lagerverkehr für das 1. Halbjahr 1930 in Höhe von 126 Mill. Reichsmark einbezogen ist. Mitin-schließt die Außenhandelsbilanz für Juli wiederum mit einem bemerkenswerten Ausfuhrüberschuß ab. Für den Jahresrest Januar/Julii 1930 ist der tatsächliche Ausfuhrüberschuß, der sich ergibt, wenn die in Wirklichkeit noch auf die Vorjahresrechnung entfallenden Ausfuhrüberschüsse aus den diesjährigen Januar- und Februarabrechnungen im Lagerverkehr (223 + 101 = 324 Mill. Reichsmark) in Abzug gebracht werden, auf rund 850 Mill. Reichsmark anzusetzen.

Die Zunahme der Ausfuhr beruht auf einer Steigerung des Absatzes an Fertigwaren (+ 38,7 Mill. Reichsmark) und auch an Rohstoffen und halbfertigen Waren (+ 11,8 Mill. Reichsmark). Die Zunahme der Fertigwarenausfuhr zeigt sich insbesondere bei den Textilfertigwaren, deren Ausfuhr um 13,3 Mill. Reichsmark gestiegen ist.

Der um 95,5 Mill. Reichsmark erhöhte Ausweis der Einfuhr zeigt Mehreinträge von 58 Mill. Reichsmark bei der Gruppe Lebensmittel und Getränke und von 38 Mill. Reichsmark bei der Gruppe Rohstoffe und halbfertige Waren. Die Zunahme der Einfuhr bei Lebensmitteln beruht zum größten Teil jedoch auf den Einführungen der halbjährlichen Zollabrechnung. Eine tatsächliche Zunahme im bedeutenden Umfang hat nur bei der Einfuhr von Butter stattgefunden. Zurückgegangen ist unter den Lebensmitteln die Einfuhr von Eiern, Süßrüchchen und Käsegewürzen. Die Fertigwareneinfuhr zeigt sich insgesamt kaum verändert (- 0,5 Mill. Reichsmark). Gestiegen ist die Einfuhr von Leder (+ 4,2 Mill. Reichsmark), Wolle, Gewebe und Hautschulwaren; abgenommen hat die Einfuhr von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen (- 2,9 Mill. Reichsmark) und von seidenen Geweben.

Widerstandsregierung Reichsgründung

WTB. Memel, 15. Aug. (Tel.) Der ernannte neue Präsident des Landesdirektoriums, Reichsgründung, gab gestern die Erklärung ab, er sei bereit, in die neu zu bildende Regierung auch zwei Vertreter der Widerstandsregierung einzunehmen. Er stelle jedoch die Bedingung, daß der Regierung aus der großlitauisch eingeteilte Landesobersekretär Dugnas angehören müsse, und zwar auf ausdrücklichen Wunsch des Gouverneurs, da Dugnas Vorsitzender der Latvianische-Partei des Memelgebietes sei. Die deutsch-litauischen Widerstandsregierungen lehnten das Anerbieten des Präsidenten ab. Darauf erklärte Reichsgründung, er werde nunmehr eine Regierung bilden, ohne die Vertreter der Widerstandsregierungen überhaupt zu berücksichtigen.

Notstandsmaßnahmen in Amerika

WTB. Washington, 15. Aug. (Tel.) Präsident Hoover erklärte, daß zunächst in jedem einzelnen Kreise und in jeder von der Dürre betroffenen Landgemeinde der tatsächliche Notstand genau ermittelt werden müsse, bevor ein Notprogramm entworfen werden könne. Die Gouverneure würden daher örtliche Ausschüsse organisieren und nach zehn Tagen die Finanzbedürfnisse der Staaten mitteilen. Obwohl die Hilfe etwas nachgelassen hat und vereinzelte Regenschauer Abhilfe gebracht haben, hält die Dürre noch fast unvermindert an. Die Bundesregierung dringt auf möglichste Vermeidung übermäßiger Schlägung von Milchkuhen und gestattet daher den Eisenbahnen, die Frachten für den Transport von Vieh in bessere Gegenden zu ermäßigen. Freistreibereien für Lebensmittel werden laut amtlicher Bekanntmachung scharf verfolgt werden. Die Bundesregierung kündigt ferner ein großzügiges Wegebauprogramm für die Nationalparks an, um die Arbeitslosigkeit zu beheben.

Die Lage im Nordwesten Indiens

WTB. Simla, 16. Aug. (Tel.) Amtlich wird gemeldet, daß Truppenabteilungen aus verschiedenen indischen Garnisonen in die Garnisonen an der Nordwestgrenze entsandt werden. Eine amtliche Mitteilung bezeichnet die Lage an der Nordwestgrenze als sehr ernst und gefährlich. Sie bestätigt, daß es den Angreifern von Peshawar eine Zeitlang gelungen war, jeden Verkehr mit der Stadt abzuschneiden. Eine Abteilung sei in ein militärisches Vorratshaus eingedrungen und habe dort beträchtlichen Schaden angerichtet, bevor sie vertrieben wurde. Die Mitteilung besagt weiter: Eine militärische Aktion ist im Gange. Eine Anzahl Afridis haben den Bezirk verlassen und kehren nach Tirah zurück, aber es treffen dauernd Verstärkungen ein, und die Lage muß als kritisch gelten, bis der letzte Gegner aus dem Bezirk vertrieben ist.

Die Stadt Peshawar wurde gestern Nachmittag unter Standrecht gestellt. In Rauschahar, Kohat und Rawalpindi werden starke britische und indische Truppenmassen zusammengezogen.

China will seine Währung stabilisieren

WTB. Nanking, 15. Aug. (Tel.) Die Regierung kündigt die Auflegung einer Prozentsigen Anleihe an, mit deren Hilfe sie die Währung zu stabilisieren gedenkt. Als Dedung für die 1935 rückzahlbare Anleihe sind die Überschüsse aus den Einkünften vorgelesen.

Gemeindewaldwirtschaft

Im Jahre 1927 wurde im Deutschen Reich in Verbindung mit der allgemeinen Bodenbenützungsaufnahme eine neue forstwirtschaftliche Erhebung vorgenommen. Die Ermittlungen erstreckten sich sowohl auf den Bestand der einzelnen Holzarten als auch auf das Alter der Waldbestände und auf die Holzträge. Die Ergebnisse der Erhebung, welche in „Wirtschaft und Statistik“ (9. Jahrgang, Nr. 18) veröffentlicht wurden, geben auch über den Umfang und die Bedeutung der Waldwirtschaft der deutschen Gemeinden interessante Aufschlüsse.

Die Entwicklung der Gemeindeforsten beanjprucht besondere Beachtung, da der Gemeindevald nicht nur innerhalb der gesamten deutschen Forstwirtschaft zu werten ist, sondern auch wegen der ideellen Rolle, die ihm für die Gesundheit und Erholung der Menschen in den Städten zukommt, eine hohe kulturelle und soziale Aufgabe zu erfüllen hat. Stets, auch während der Kriegs- und Nachkriegsjahre, sind die Gemeinden bemüht gewesen, ihren wertvollen Waldbesitz zu erhalten und ihn weniger unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern vornehmlich aus sozialen Gründen nach Möglichkeit zu erweitern. Die Verwaltungen der größeren Städte insbesondere betrachten es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, ihren Wald als den Jungbrunnen für die Stadtbefölkerung zu erhalten und zu vergrößern, um den wachsenden Gefahren, welche die Großstadtentwicklung für Leib und Seele der Menschen bildet, zu begegnen. Der Wald ist die beste Erholungsquelle für die vielgeplagte Großstadtbefölkerung und verdient eine besonders sorgfältige Pflege.

Mit 1,97 Millionen Hektar Gemeindevald nimmt die kommunale Forstwirtschaft an der gesamten deutschen Waldbfläche von 12,65 Millionen Hektar einen erheblichen Anteil ein (15,57 v. H.). Auf Staatsforsten entfallen 4,2 Mill. Hektar (32,58 v. H.), während die Privatforsten zusammen 6,5 Mill. Hektar (47,83 v. H.) ausmachen. An sonstigem Forstbesitz sind noch die Stiftungs- und Genossenschaftswaldungen mit insgesamt 514 000 Hektar (4,1 v. H.) zu erwähnen.

Die Verteilung des Waldbesitzes auf die einzelnen Gemeinden und der Anteil des Gemeindevaldes am gesamten Forstbesitz der einzelnen Länder ist wegen der Unterschiede in den physikalischen Vorbedingungen natürlich außerordentlich verschieden. Besonderen Einfluß übt auch die historische Entwicklung der Siedlungs- und Besitzverhältnisse in den verschiedenen Reichsteilen aus.

Während im Westen und Südwesten ausgedehnter gemeindlicher Waldbesitz aus der Vergangenheit in die Gegenwart übernommen werden konnte, ließ die Art der Besiedelung im Osten kaum Raum für nennenswerte Gemeindevaldungen. So weisen nach der forstwirtschaftlichen Erhebung namentlich Baden (44 v. H.), die Rheinprovinz (40 v. H.), die Rheinpfalz (39 v. H.), Unterfranken (37 v. H.), das Land Hessen (36 v. H.) und die Provinz Hessen-Nassau (34 v. H.) erhebliche Anteile gemeindlichen Waldbesitzes auf; dagegen sind Braunschweig (1,0 v. H.), Niederbayern (0,9 v. H.), Anhalt (1,7 v. H.) und zum Teil die östlichen preussischen Provinzen außerordentlich arm an Gemeindevaldungen.

Bei dem starken Überwiegen der Nadelhölzer in den deutschen Waldungen (nur 29 v. H. Laubholz) fällt es auf, daß gerade der Gemeindevald zu einem ganz erheblichen Teil Laubholzbestand umfaßt (44 v. H.). Dies hat zum Teil seinen Grund darin, daß der Westen des Reiches, der in den Gemeindevalden überwiegt, allgemein stärkeres Laubwaldvorkommen aufweist. Sodann werden von den Städten schon immer bei der Aufforstung von Flächen innerhalb des Reichsbildes oder in der näheren Umgebung der Stadt und besonders für Parkwaldungen die Laubhölzer bevorzugt. Die Laubholzwaldungen der Gemeinden bestehen zu etwa 75 v. H. aus Hochwald, indem neben Eichen (20,3 v. H.) vor allem Rothbuchen und andere harte Laubhölzer (51,1 v. H.) vorherrschen; Birken und andere weiche Laubhölzer (3,3 v. H.) nehmen einen wesentlich geringeren Raum ein.

Von der Nadelholzfläche des gemeindlichen Waldbesitzes ist etwas mehr als die Hälfte mit Kiefern bestockt (52,4 v. H.). Der Anteil dieser Holzart ist im Vergleich zu den Staats- und Privatforsten (59,3 v. H. bzw. 65,5 v. H.) unterdurchschnittlich. Dafür verfügen die Gemeinden neben einem beträchtlichen Fichten- und Kottannenbestand (41,1 v. H.) über einen verhältnismäßig umfangreichen Bestand an Weißtannen (5,5 v. H.), die bekanntlich in Deutschland nur eine geringe Verbreitung zeigen (3,5 v. H.).

Sichtlich des Alters der Hochwaldbestände unterscheiden sich die Gemeindeforsten nicht grundlegend von den Staatsforsten, allerdings hat der Staat in den höchsten Altersklassen seiner Waldungen eine etwas stärkere Befestigung aufzuweisen. Im allgemeinen gehen ja Staat und Gemeinden bei ihren forstwirtschaftlichen Grundfragen in gleicher Weise davon aus, daß ihre Waldungen nicht nur der gegenwärtigen Generation, sondern auch der Bedürfnisse der Zukunft zu dienen haben. In den durchschnittlichen Holztragnissen je Hektar (3,5 Festmeter) stehen die Gemeindeforsten den Staats- und Privatforsten (4,5 bzw. 4 Festmeter) etwas nach, da, wie schon oben hervorgehoben wurde, für ihre Bewirtschaftung weniger Gesichtspunkte der Rentabilität als Anforderungen der öffentlichen Wohlfahrt maßgebend sind. Hierzu kommt, daß die Holzträge je Hektar Waldfläche an sich große Unterschiede aufweisen, die sich allein durch die verschiedene Art der Bestockung erklären (Nadelhölzer, Laubhölzer). Da gerade im gemeindlichen Waldbesitz die Laubwald mit seiner längeren Umtriebsperiode größere Bedeutung hat, müssen sich schon daraus geringere Erträge ergeben.

Das Land Baden verfügt über eine Waldfläche von 589 010 Hektar, das sind 39,1 Proz. der Gesamtfläche des Landes. Im Reichsdurchschnitt beträgt die Bewaldungsziffer 26 Proz., in Bayern 33, in Württemberg und Hessen je 31, in Preußen 23 Proz. usw. Von der gesamten Waldfläche Badens sind 99 870 Hektar Staatswald, 261 007 Hektar Gemeindeforst, 19 992 Hektar Körperschaftswald, 62 042 Hektar grund- und standesherrlicher Wald, 144 884 Hektar sonstiger Privatwald und 1215 Hektar Waldungen des Fluß-, Straßen- und Eisenbahnars.

Die Gemeinden mit dem größten Waldbesitz sind: Baden-Baden (rund 5000 Hektar), Billingen (3800 Hektar), Freiburg (3700 Hektar), Eberbach (3200 Hektar) und Heidelberg (2700 Hektar). Unter den Körperschaftswaldungen ist vor allem der Genossenschaftswald der Murgschifferschaft (Murgtal) hervorzuheben, auf die ungefähr ein Viertel dieser Besitzart entfällt. Von den Grund- und Standesherrn ist die Fürstenerbische Standesherrschaft in Donaueschingen der größte Waldbesitzer. Die Gemeinden mit den größten Flächen Privatwald sind: Oberwolfach (rund 2900 Hektar), Rinzigtal (2600 Hektar), Gutach, Schapbach u. Unterharmersbach (je 1900 Hektar). Auf 100 Hektar Hochwald kommen etwa 36 Hektar Laubwald und 64 Hektar Nadelwald.

Dr. Ehrler, Freiburg.

Drei neue Göbbels-Prozesse

Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Göbbels, gegen den am Donnerstag wegen Verleumdung des Reichspräsidenten verhandelt wurde, hatte sich am Freitag vor dem Schöffengericht Charlottenburg wegen Verleumdung der Mitglieder des Kabinetts Müller zu verantworten. In einem Artikel hatte er die Mitglieder des Kabinetts, unter denen Dr. Hilferding als „marxistischer Jude“ bezeichnet war, als „Verläuter am Volk“, „Mittel der Welfinanz“ und „Überläufer nach Frankreich“ bezeichnet, weil sie die Stresemannsche Erfüllungspolitik verteidigten. Vor dem gleichen Gericht hatte sich Dr. Göbbels ferner wegen Verleumdung des früheren preussischen Innenministers Grzesinski zu verantworten.

Im Verlaufe der Verhandlung lehnte Dr. Göbbels zunächst das gesamte Gericht wegen Befangenheit ab, dann die beiden Berufsrichter und dann den Vorsitzenden des Gericht, Landgerichtsdirektor Tölle. Die zuständige Strafkammer wird heute über die letzte Ablehnung entscheiden, nachdem die beiden ersten Anträge zurückgewiesen wurden. Auch das Urteil in Sachen Verleumdung der Reichsminister wird heute verkündet werden. Abgesehen wird am heutigen Samstag in anderer Sache (Auforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle) gegen Dr. Göbbels verhandelt werden.

Zusammenstöße in Frankreich. In Aniche bei Douai ist es zu Zusammenstößen zwischen Katholiken und Kommunisten gekommen. Der kommunistische Bürgermeister des Dorfes hatte einen von den Katholiken am Maria-Himmelfahrtstag geplanten Umzug verboten. Von kommunistischer Seite waren Gegendemonstrationen angekündigt worden. Trotz eines starken aus Lille herbeigezogenen Polizeiaufgebots gerieten an einigen Stellen der Stadt Kommunisten und Katholiken aneinander. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Karlsruher Kunstausstellungen

Die Ausstellung Badisches Kunstschaffen in der Ausstellungshalle unterscheidet sich nicht von anderen Ausstellungen in anderen Städten, sie gibt einen Überblick über die heutige Malerei, sie zeigt, daß vorwiegend impressionistisch gemalt wird, daß neben Landschaften und Porträts das Stillleben heute sehr bevorzugt wird, sie zeigt, daß viel Kitsch, viel Süßliches auch heute noch unter dem Namen Kunst geht, sie zeigt aber auch, daß viel ehrliches Wollen und auch Können am Werke ist. Der Name badisches Kunstschaffen kann nur so verstanden werden, daß hier Kunstschaffen in Baden gezeigt wird. Denn daß hier badische Landschaften und badische Städte gemalt sind, gibt dem Wilde natürlich keine „badische“ Note.

Erfreulich an dieser Ausstellung ist das Prinzip der Ausstellungsleiter, die einzelnen Bilder weit und luftig zu hängen, so daß man Raum hat zur Betrachtung. Eine große Anzahl bekannter Namen ist vertreten.

Die Hans-Thoma-Ausstellung in der Kunsthalle bringt eine große Anzahl Skizzen und Aquarelle zum erstenmal an die Öffentlichkeit. Und es ist eine große Freude, diese Arbeiten des bekannten Meisters zu betrachten. Man ist erfreut über die liebevoll und mit großem Können angefertigten Blumen- und Tierstücken, über die wunderbar klaren und sauber gezeichneten Landschaften. Diese Skizzen und Aquarelle scheinen uns viel deutlicher, viel unmittelbarer einen Eindruck des Malers zu geben als seine großen und sehr bekannten Gemälde. Hier offenbart sich, was ihn besonders interessiert, was ihn besonders reizt, was sein Malerauge besonders entzückt hat. L. F.

Intendant Spanuth-Bodenstedt †. Im Krankenhaus zu Berlin-Weißensee ist der Intendant des Städtischen Stadttheaters, Ludwig Spanuth-Bodenstedt, im Alter von 51 Jahren gestorben. Der Verstorbene war u. a. in Danau, Würzburg und Straßburg als Theaterdirektor tätig und bekleidete das Amt des Vizepräsidenten im Deutschen Bühnenverein.

Die Notlage der deutschen Holzwirtschaft

In unserem gestrigen Leitartikel haben wir uns mit der Notlage der deutschen Holzwirtschaft beschäftigt, und darauf hingewiesen, daß die Einfuhr von Holz aus dem Ausland soweit als möglich einzuschränken sei. In einem Aufsatz in der „Woll. Ztg.“ von Dr. v. Kleefeld wird zum gleichen Thema in gleichen Sinne u. a. ausgeführt:

In letzter Zeit ist über einen der wichtigsten Zweige unserer Volkswirtschaft, nämlich die Holzwirtschaft, geradezu eine Katastrophe hereingebrochen. Zahlreiche angesehenere Firmen des Holzhandels, deren Inhaber zu den solidesten Persönlichkeiten gehörten, haben ihre Geschäfte schließen müssen, und ebenso sind zahlreiche Unternehmer der Holzproduktion, der Verarbeitung und des Handels, und Forstbesitzer in die gleiche Lage geraten. Die eingetretene Entwertung des deutschen Holzes bringt vor allem aber auch Milliardenverluste für die deutsche Gesamtwirtschaft, das Steuerwesen und die Vermögensverhältnisse aller Wald- und Forstbesitzer, mögen dies die Länder, Kommunen, größere oder kleinere Besitzer sein. Neue Kreise von Arbeitern und Angestellten werden auf diese Weise brotlos.

Was ist in der Holzwirtschaft geschehen! Die Holzträge des deutschen Waldes betragen etwa 50 Millionen Festmeter gegen 52 Millionen Festmeter vor dem Weltkrieg. Davon sind in Deutschland selbst gegen 42 Millionen Festmeter verbraucht worden, so daß wir in der Lage sind, unsere Bedürfnisse aus heimischen Produktionsquellen zu decken, und dazu noch zu exportieren. Statt mit diesen selten gefundenen Verhältnissen zufrieden zu sein, sind Experimente in der Holzwirtschaftspolitik gemacht und zugelassen worden, für welche logische und vernünftige Gründe schwer zu finden sind. Trotz des Niedertretens unserer Gesamtwirtschaft wurden im Jahre 1920 über 8 Millionen Festmeter Holz im Werte von über 500 Millionen Reichsmark eingeführt.

In der heutigen Wirtschaftskrise genügt diese Quantität vollkommen, auf den Holzmärkten katastrophale Verhältnisse herbeizuführen, zumal die Holzmassen, welche nach Lage der Umstände nahezu gollfrei vorwiegend aus Rußland kommen, zu Schleuderpreisen, mit denen wir bei unseren Steuern und Lasten niemals konkurrenzieren können, verkauft werden. Jinsen kostet das Holz die Russen nicht; erhebliche Arbeitslöhne kommen nicht in Frage, so daß nur die Transportkosten zu Lande oder zu Wasser von der Grenze ab eine Rolle spielen. Mit diesem Holzdumping wird ein weiterer bedeutender Zweig unserer nationalen Güter erbarmungslos ruiniert und unrentabel gemacht und gleichzeitig wird ein großer Teil der Arbeiter brotlos.

In dem Wirtschaftsnotstand, in welchem wir uns befinden, gilt es vor allem, den Schutz heimischer Güter und Werte, welcher unvoreingenommen ausgeübt werden muß, zu gewährleisten. Zu den zahlreichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die uns Sorge machen, ist ohne zwingende Notwendigkeit eine neue große hinzugekommen, welche allein dadurch beseitigt werden kann, daß nur diejenigen fremden Holzmassen hereingelassen werden, deren wir jeweils zusätzlich zu unserer eigenen Produktion bedürfen.

In einem Artikel im „Deutschen Forstwart“ heißt es:

Die Holzeinfuhr im 1. Halbjahr 1920 mit 168 258 Millionen Reichsmark liegt in der Gruppe der Rohstoffe an fünfter Stelle hinter Baumwolle, Ölrüchsen, Wolle und Mineralien, aber an erster Reihe der Stoffe, die im Inlande selbst in überlegender Menge gewonnen werden. Um so unbegreiflicher ist es, daß man diesem erheblichen Einfuhrposten seitens der Wirtschaftsführung keine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden Herabminderung schenkt, vielmehr nur auf seine Erhöhung bedacht zu sein scheint, obwohl er schon jetzt im Hinblick auf die große deutsche Eigenproduktion viel zu hoch ist. Dabei hat die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie etwa 150 000 Köpfe erreicht. Die außenpolitischen Maßnahmen zur Erleichterung der Holzeinfuhr sind aber gerade deshalb so unbegreiflich, weil sie im besonderen diejenigen Holzarten betreffen, die in Deutschland für den gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf, der im Annehmen ist, in überreichlichen Mengen vorhanden sind.

Die Rückkehr des Luftschiffes R 100

WTB. London, 16. Aug. (Tel.) Das Luftschiff „R 100“ wurde auf seiner Rückfahrt von Kanada um 10.40 Uhr vorm. in Cardington gestrichet.

In Hamburg wurde eine brasilianische Dampfer beschlagnahmt, weil zwischen seiner Reederei und deren Hamburger Gläubigern Zahlungsdifferenzen bestehen.

Die Berliner Kriminalpolizei nahm vor einigen Tagen einen Landstreicher fest, der als der in Bartenstein in Ostpreußen geborene Robert Konrad festgesetzt wurde. Er ist bereits wegen vorjähriger Brandstiftung zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Konrad hat ferner im Jahre 1921 in Bochum einen Arbeitskollegen ermordet und beraubt und wurde flehentlich gesucht. Er legte ein umfassendes Geständnis ab.

28 Millionen Bände in deutschen Bibliotheken. Nach einer Statistik liegt Deutschland mit einem Bibliothekenschatz von 28 Millionen Bänden, die die öffentlichen deutschen Bibliotheken aufweisen, an der Spitze der „Bücherinhaber“ Europas. Rund 24 Millionen Bände entfallen auf Berlin, München, Leipzig, Dresden, Stuttgart, Hamburg, Frankfurt a. M. und Breslau. Diese verteilen sich auf die einzelnen Städte wie folgt: Berlin 9 360 000, München 4 260 000, Leipzig 3 120 000, Dresden 1 890 000, Stuttgart 1 400 000, Hamburg 1 370 000, Frankfurt a. M. 1 280 000, Breslau 1 230 000.

Entdeckung einer Insel im nördlichen Eismeer. Auf seiner Forschungsfahrt in die Gewässer des nördlichen Eismees entdeckte der russische Eisbrecher „Sedow“ gleich am ersten Tage nach seiner Abfahrt aus Nowaja Semlja in Richtung Ostsee eine große unbekannte Insel, deren Küste sich der Dampfer unter ständigem Loten näherte. Das dem Schiff zunächst gelegene Kap befindet sich auf dem 78. Grad 25 Minuten nördlicher Breite und 76 Grad 10 Minuten östlicher Länge. Interessant ist, daß der Professor Wiefe, der an der wissenschaftlichen Expedition teilnimmt, bereits 1924 an dieser Stelle Festland vermutet hatte.

An der Handelshochschule Mannheim beginnt das Wintersemester am 3. November. Das Vorlesungsprogramm ist soeben erschienen und kann dem Sekretariat der Handelshochschule (Mannheim, C 2. 1) gegen Vorkaufsendung von 40 Pf. bezogen werden. Der Vorlesungsplan enthält eine Reihe neuer Vorlesungen; Sprachkurse sind vorgesehen für Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch und Russisch; ferner Kurse zur Pflege der deutschen Sprache. Betreffs der Einzelheiten sei auf das Vorlesungsprogramm selbst verwiesen.

Zur Wahlbewegung

Reichsbanner und Staatspartei

Der Bundesführer des Reichsbanners, Oberpräsident a. D. Otto Höring, hatte an die Staatspartei eine Reihe von Fragen über ihre Einstellung zur Republik usw. gerichtet. Jetzt erklärt Höring zu der Antwort der Staatspartei auf seine Anfragen u. a.: Nicht nur aus Kreisen der Reichsbannerkammer, sondern der ganzen republikanischen Front müsse man Koch-Beyer für seine klare und deutliche Stellung für Republik, Schwarz-Rot-Gold, sozialen Aufbau u. gegen den Antisemitismus Dank sagen. Die Feinde der Republik — und damit unsere Feinde — stehen rechts vom Zentrum und links von der SPD. Das wollen und dürfen wir nicht vergeten. Deshalb werden wir Reichsbannerkammer als solche unsere Front gegen die Feinde der Republik richten und uns nicht einmengen bei etwaigen Auseinandersetzungen im republikanischen Lager. Wer von den drei republikanischen Parteien unsere Hilfe in Versammlungssachen braucht, dem werden wir sie gewähren.

Freie Gewerkschaften für C. P. D.

Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erlassen einen Wahlauftrag, in dem sie die Mitglieder der freien Gewerkschaften auffordern, ihre Stimme der Sozialdemokratischen Partei zu geben.

Die Hugenbergsche „Tributabgabe“

Die rechtsstehende, landbündlerische „Deutsche Tageszeitung“ gibt unter dem Titel „Hugenbergs Tributabgabe“ eine Kritik des bekannten bisherigen deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten Dr. H. W. Reichert zu dem Vorschlag des deutsch-nationalen Parteiführers wieder, die allgemeinen Interessen beanspruchen darf.

Dr. Reichert weist in der Einführung darauf hin, wie bestehend der Hugenbergsche Vorschlag auf den ersten Blick erscheint und wie er auf viele mit der Außenhandelspolitik nicht Vertraute gewirkt und bei ihnen Zustimmung gefunden hat. Sodann beschäftigt sich Dr. Reichert eingehend mit den gefährlichen Wirkungen des Vorschlags und hebt dabei hervor, daß Hugenberg es außer acht gelassen habe, daß die Einführung einer deutschen Tributabgabe nicht nur Gegenmaßnahmen schärfer Art seitens des Auslandes herausfordern, sondern auch auf dem deutschen Markt große Rückwirkungen hervorbringen würde.

Bei der Abhängigkeit der deutschen Industrie vom ausländischen Roh- und Halbfabrikat würde die 15prozentige Abgabe einer 15prozentigen Verteuerung gleichkommen, also eine Erhöhung der Produktionskosten und eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber fremden Waren, sowie eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit herbeiführen. Die Verwirklichung des Hugenbergschen Vorschlags würde zudem die Einführung eines völlig neuartigen Verzollungssystems neben den bisherigen Gewichtszöllen erfordern, nämlich den Wertzoll. Die Einführung eines solchen Zollsystems aber würde ein neues Heer von Beamten und Angestellten von etwa 100 000 Köpfen notwendig machen und für die deutsche Ausfuhr die schwersten Rückschläge mit sich bringen, wenn auch andere Völker sich entschließen würden, ihrerseits zum Wertzollsystem zurückzukehren.

Der Hugenbergsche Vorschlag böte, so meint Dr. Reichert, keine Gewähr dafür, daß er die Tributabgabe in einem für Deutschland günstigen Sinne ausrollen und zur Beseitigung des Youngplans führen würde, zahlreiche Industrie- und Handelsbetriebe aber, ja sogar ganze Wirtschaftszweige, würden in ihrer Existenz bedroht, wenn nicht sogar völlig vernichtet werden.

Die Deutsche Bauernpartei

Die Deutsche Bauernpartei (Bayerischer Bauernbund usw.) tritt bei der bevorstehenden Reichstagswahl völlig selbständig auf. Nachrichten, die darauf hinauslaufen, daß die Deutsche Bauernpartei irgendwelche Vereinbarungen mit der landbündlerischen Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei getroffen habe, sind, wie die Partei erklärt, unrichtig, ebenso die Behauptung, daß im kommenden Reichstag eine Verbindung zwischen Bauernpartei und Landvolkpartei beabsichtigt sei.

Hessen verbietet Demonstrationen der radikalen Parteien

Der hessische Minister des Innern hat nach einer Meldung aus Darmstadt ein Verbot von Umzügen, Durchmärschen und Sammeltransporten von Mitgliedern nationalsozialistischer und kommunistischer Organisationen mit Kraftfahrzeugen und Fußwerken oder Fahrrädern erlassen. Das Verbot stützt sich auf Artikel 123 Absatz 2 der Reichsverfassung.

Zu der Verfügung wird darauf hingewiesen, daß es in letzter Zeit bei den Umzügen der genannten Organisationen insbesondere bei solchen Fahrten, die mit Kraftfahrzeugen unternommen worden sind, immer zu erheblichen Störungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit gekommen ist, die teilweise zu schweren Ausschreitungen ausgeartet sind. Es hat sich gezeigt, daß insbesondere bei den Umzügen ortsfremder Gruppen und Organisationen diese bequeme und rasche Fortbewegung insofern zu Ausschreitungen führte, als die Demonstranten glaubten, sich der Polizei rascher und leichter entziehen zu können.

Kandidaturen

Die Kandidatur des Grafen Westarp im 35. Wahlkreis, Mecklenburg-Lübeck, ist nach Mitteilung des Landesverbandes der Konservativen Volkspartei gesichert. Der Wahlkreisvorschlag ist mit dem pommerischen Wahlkreisvorschlag der Konservativen Volkspartei verbunden.

Für den Wahlkreis Oberbayern-Schwaben hat die Deutsche Staatspartei folgende Kandidaten aufgestellt: Dr. Gildenbrand (Augsburg), Oberregierungsrat Koelsch (München), Frau Käse Ober (München) und Verbandssekretär Nieger (Augsburg). Auch im Wahlkreis Magdeburg soll General von Lettow-Vorbeck die Konservative Liste führen. Im gleichen Wahlkreis wird General von Seekt von der Deutschen Volkspartei aufgestellt.

Der japanische Prinz Takamatsu, der Bruder des Kaisers von Japan, traf Freitag nachmittag mit seiner Gattin, Prinzessin Toku, in Berlin zu einem inoffiziellen mehrtägigen Besuch der Reichshauptstadt ein.

Wegen Landesverrats zugunsten einer fremden Macht wurde in Breslau der Kontorist Gmiela aus Jannowitz zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Kündigung der Rohnerhöhung im Ruhrbergbau. Der Berdnerverband wird, wie aus Essen gemeldet wird, die im Ruhrbergbau bestehende Lohnerhöhung zum 30. September kündigen, um mit den Gewerkschaften in eine Erörterung über eine Produktionslenkung einzutreten, die im Hinblick auf die Entwicklung des Umsatzes und der Preise unumgänglich ist.

Aus den Ländern

Die Polizeiaufsicht für Thüringen

Das thüringische Staatsministerium hat sich am Freitag mit der Frage der Polizeiaufsicht zu den Polizeistellen befaßt. Nachdem der Staatsgerichtshof den Antrag Thüringens auf Erlass einer einseitigen Verfügung gegen das Reich zur Weiterzahlung der gesperrten Polizeiaufsicht abgelehnt hatte, hat das Reich bekanntlich die Zurückzahlung der bereits gewährten Zuschüsse gefordert.

In der Kabinettsitzung wurde beschlossen, dieser Aufforderung vorläufig nicht Folge zu leisten, ehe der Staatsgerichtshof die Frage entschieden hat, daß die Sperrung der Zuschüsse durch das Reichsinnenministerium gegen die Grundzüge der Gewährung von Polizeiaufsichten des Reiches an die Länder verstöße.

In der Sitzung erklärte Staatsminister Baum in seiner Eigenschaft als thüringischer Finanzminister, daß diese Entscheidung des Staatsgerichtshofs voraussichtlich im Spätherbst gefällt werde. Staatsminister Baum gab einen Überblick über die Landesfinanzen und kam zu dem Schluß, daß Thüringen durchhalten könne, ohne durch das Fehlen der Polizeiaufsicht des Reiches in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten. In der Frage der Schulgebühren ist der thüringischen Regierung das Urteil des Staatsgerichtshofs, durch das drei der vom Volksbildungsminister Fried empfohlene Schulgebühren als mit der Verfassung im Widerspruch stehend erklärt wurden, bisher nicht zugestellt worden. Deshalb werde auch in dieser Frage vom Ministerium noch nichts unternommen.

Butter und Käse

Neue Verhandlungen mit Finnland

Das Reichskabinett hat, wie angekündigt, Freitag nachmittag seine Beratungen über den deutsch-finnischen Handelsvertrag fortgesetzt. Es kam am Abend zu dem Beschluß, in direkten Verhandlungen mit Finnland zu versuchen, zu einer Regelung der umstrittenen Handelsvertragsfragen zu gelangen, die den deutschen Wünschen und Interessen entspricht. Zu diesem Zweck wird ein Sonderdelegierter, und zwar der Leiter der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Dr. Ritter, nach Helsinki entsandt werden. Dr. Ritter wird bereits heute morgen seine Reise antreten.

In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß es gelingen wird, auf diese Weise im Laufe der nächsten Woche zu einer Verständigung mit der finnischen Regierung zu kommen. Man kann annehmen, daß der deutsche Delegierte die Aufgabe hat, die finnische Regierung davon zu überzeugen, daß eine Einigung im Sinne der deutschen Wünsche auch im Interesse Finnlands erweislich ist, weil dadurch die Kündigung des Handelsvertrages vermieden wird, die für Finnland zweifellos noch größere Nachteile bringen würde.

Der Großhandel gegen die Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages

Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels hat erneut in einem Telegramm an die Regierungsstellen u. a. erklärt:

„Die Sturmzeichen der Vohltatbewegung in den skandinavischen Ländern, Dänemark und Holland, lassen keinen Zweifel darüber, daß Deutschlands Wirtschaft durch die drohenden Maßnahmen fremder Staaten gegen die Einfuhr deutscher Fertigwarenenergiezeugnisse sofort schwerste Gefahren drohen, während die von der Landwirtschaft aus der Kündigung erhofften Vorteile wegen der handelsvertraglichen Bindungen mit anderen Staaten sich erst in ferner Zeit auswirken können. Die sich täglich verschärfende Lage des Arbeitsmarktes verdrängt keine derartigen Experimente, die zu einer Erschütterung unserer gesamten Handelsvertragspolitik zwangsläufig führen müssen.“

Dr. Friß Thypfen hat an die „Deutsche Tageszeitung“ ein Schreiben gerichtet, das sich gegen den Schritt des Reichsverbandes der deutschen Industrie in der Frage der Kündigung des Handelsvertrages mit Finnland wendet und diesen Schritt lediglich als Maßnahme der Geschäftsführung hinstellt. Dazu wird nun erklärt, daß es sich um eine offizielle Eingabe des Reichsverbandes an die Reichsregierung handelt. Das geht auch daraus hervor, daß die Eingabe auch von einem der stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsverbandes unterzeichnet worden sei.

Nordweststürme an der Wasserkante

W.B. Hamburg, 16. Aug. (Tel.) Der seit Donnerstag über der Nordsee und dem Gebiet der Unterelbe wehende starke Nordweststurm, verbunden mit wolkenbruchartigen Regengüssen, hat der Elbe einen wesentlich erhöhten Wasserstand gebracht. Durch die rechtzeitigen Wettermeldungen der Seewarte konnten alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden. Gestern nachmittag 4 Uhr wurde bei einer anormaligen Höhe das Eisbrecherfahrzeug IV von seiner Verankerung losgerissen und 200 Meter weit abgetrieben. Bei weiterem Ansteigen des Barometers nimmt der Sturm an Heftigkeit zu. Das Hochwasser hat das Deichgelände in eine Wasserwüste verwandelt. Der Wadbetrieb mußte wegen des Unwetters unterbrochen werden. Etwa 50 Dampfer aller Nationen liegen vor Anker. Aus der Gegend des englischen Kanals haben verschiedene Schiffe SOS-Rufe gegeben.

Seine Chronik

Das Mädel um den Tod des Direktors Nathan, der, wie erinnerlich, aus dem FD-Jug Hamburg-Berlin herausgestürzt und überfahren worden war, wird immer dunkler. Das Jugpersonal befindet sich nun nachträglich auf die Anwesenheit eines weiteren Reisenden in dem Mord. Wie die „W. Z.“ wissen will, besteht die Version, dieser Fremde habe einen Erpressungsversuch an Nathan verübt. Als der Industrielle keinen Ausweg mehr gewußt habe, hätte er sich durch einen Sprung aus dem Auge das Leben genommen.

Das Kalibergwerk Bienenburg wird endgültig stillgelegt. Nachdem Schacht 1 früher bereits außer Betrieb war, sind nunmehr Schacht 2 und Köhlig-Schacht nach dem im Mai erfolgten Wassereintrich ebenfalls dauernd stillgelegt.

Großes Aufsehen erregt in Hamburg die Flucht des Hamburger Großkaufmanns und Reeders Gustav Franz Johannes Prochaska. Prochaska, der blind ist, ist, so berichtet das „Tempo“, in Begleitung seiner Frau in seinem Auto geflohen, weil verschiedene Klagen auf Konkursübergang, Betrug und Unterschlagungen gegen ihn anhängig gemacht worden sind. Das Paar ist anscheinend bereits ins Ausland entkommen. Die Hamburger Kriminalpolizei hat einen Steckbrief erlassen. Auf der Strecke Konstanz-Bukarest stießen zwei Schnellzüge zusammen. Es gab 9 Tote und 7 Schwerverletzte.

Badischer Teil

Versammlungsschutz

Im Hinblick auf die bereits wiederholt vorgekommenen und bei der zunehmenden Verschärfung des Wahlkampfes weiter zu erwartenden Störungen öffentlicher politischer Versammlungen hat das Ministerium des Innern entsprechende Vorkehrungen getroffen, um im Bedarfsfalle polizeilichen Versammlungsschutz zu bieten.

Strafverfolgung bei Beschädigung von Wahlplakaten

Vom Justizministerium wird geschrieben: Wie früher wird auch jetzt wieder die Beobachtung gemacht, daß Wahllauftritte, Einladungen zu Wahlversammlungen und ähnliche Plakate, die aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahlen öffentlich angeschlagen werden, von politischen Gegnern abgerissen, verunstaltet, überlebt, mit beleidigenden Aufschriften versehen oder sonstige beschädigt werden. Es besteht vielfach die Meinung, daß hiergegen nicht strafend eingeschritten werden könne. Diese Ansicht ist unrichtig. Derartige Handlungen sind Sachbeschädigungen nach § 303 des Strafgesetzbuches. In besonderen Fällen, wenn damit eine Belästigung oder Gefährdung des Publikums in seiner Allgemeinheit verbunden ist, kann auch der Tatbestand des Großen Unfugs oder, sofern die Überlegungen beleidigenden Inhalts sind, auch der Tatbestand der Beleidigung gegeben sein. Voraussetzungen der Strafverfolgung wegen Sachbeschädigung ist, daß der Verletzte, das ist in der Regel der Eigentümer der Plakate, einen Strafantrag stellt. Wenn daher solche Beschädigungen begangen sind, kann der Eigentümer unter Stellung eines Strafantrages die Strafverfolgung des Täters verlangen.

Nun zeigt aber die Erfahrung, daß bis zu dem Zeitpunkt, in dem der Verletzte von der Beschädigung erfährt, die Täter, die meist sehr vorsichtig zu Werk gehen, nicht mehr zu ermitteln sind, und damit die Strafverfolgung illusorisch wird. Deshalb bestimmt das Gesetz, daß Anzeigen strafbarer Handlungen nicht nur von dem Verletzten, sondern von jedermann, dem eine solche zur Kenntnis kommt, erstattet werden können, und darüber hinaus gibt § 127 der Strafprozeßordnung jedermann die Befugnis, wenn er jemanden auf frischer Tat betroffen hat oder verfolgt und dieser der Flucht verdächtig ist oder wenn seine Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden kann, ihn vorläufig festzunehmen und der Staatsanwaltschaft oder der nächsten Polizeibehörde vorzuführen. Diese vorläufige Festnahme und im Anschluß daran auch die Erlassung eines Haftbefehls ist so nach auch möglich, wenn noch kein Strafantrag vorliegt. Die Behörden sind jedoch verpflichtet, den Antragsberechtigten sofort in Kenntnis zu setzen. Stellt dieser keinen Strafantrag, so ist die weitere Strafverfolgung nur insoweit möglich, als neben dem Antragsbesitz noch Straftaten in Betracht kommen, die ohne Antrag verfolgsbar sind. Liegen solche nicht vor, so hat die weitere Untersuchung zu unterbleiben. Wird aber Strafantrag wegen Sachbeschädigung gestellt, so ist das Verfahren durchzuführen. Im Hinblick auf die Interessen der Wahlberechtigten sind die Staatsanwaltschaften angewiesen, in solchen Fällen grundsätzlich die öffentliche Klage zu erheben.

Starker Fremdenbesuch im Schwarzwald

Trotz der immer noch stark veränderlichen Witterung sind in den letzten Tagen in fast allen Kurorten des Hochschwarzwaldes, aber auch in Freiburg, das immer mehr zum Zentralpunkt des Schwarzwaldfremdenverkehrs wird, zahlreiche Besucher eingetroffen, so daß die Gasthöfe und Pensionen jetzt eine gute Beleglast aufweisen können. Besonders stark ist der Anteil der Ausländer. In erster Linie sind es hier die Englisch sprechenden Staaten und Holland, die das Hauptkontingent an Besuchern stellen. Aber auch das Rheinland ist stark vertreten. Die so relativ günstige Entwicklung des Fremdenverkehrs gerade im Hochschwarzwald, während die früher bevorzugten Fremdenverkehrsgebiete, wie zum Beispiel Bayern, über nicht unerhebliche Verkehrsrückgänge klagen, weist darauf hin, daß nicht nur die intensive Verkehrspropaganda des Schwarzwaldes gefruchtet hat, sondern daß vor allem auch die Schönheiten des Schwarzwaldes sich steigender Beliebtheit nicht nur beim deutschen, sondern auch beim ausländischen Reisepublikum erfreuen. Zahlreiche Besucher, Ausländer sowohl als auch Deutsche, die erstmals den Schwarzwald besuchten, sind des Lobes voll über dieses schöne Stück Erde.

Tagungen

Badische Krankenkassentagung in Offenburg. Dieser Tage hielt in Offenburg der Verband Badischer Krankenkassen seine diesjährige Tagung ab. Die Beratungen wurden eingeleitet mit einem Referat des Verbandsdirektors Schulte (Berlin) über die Reform der Krankenversicherung. Die Versammlung beschäftigte sich auch mit den neuen Vorschriften aus der Notverordnung vom 28. Juli, über die eine recht rege Aussprache stattfand. In einem zweiten Referat stand das Thema Arbeitslosenversicherung zur Behandlung. Rassenverwalter



Sämtliche
gußeis.
Kanali-
sations-
artikel



Feldbahnen und alle Baugeräte für Notstandsarbeiten, Wegebauten usw. empfiehlt den Staats- u. Gemeindebehörden u. Bauämtern zu Kauf und Miete 951

Wilhelm Messmer, Villingen
Gegründet 1903 — Kataloge gratis — Fernsprecher 2131
Mitglied des Badischen Baumeisterbundes

Koch (Donauessingen) machte die Tagungsleiter mit den neuen gesetzlichen Änderungen bekannt. Geschäftsführer Coronini (Überlingen) sprach über die neuen Steuererlasse. — Als nächster Tagungsort wurde Adolfszell bestimmt.

Die diesjährige Tagung des Deutschen Vereins für Vermessungswesen, Landesverein Baden, findet am 30. und 31. August in Wertheim a. M. statt.

Die Wahlbewegung in Baden

Das Wahlabkommen Staatspartei-Volkspartei

Von der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei wird uns mitgeteilt:

„Die zwischen der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei in Baden und Württemberg schwebenden Verhandlungen über das Wahlabkommen haben am Freitag zum Ziele geführt. Beide Parteien stellen Einheitslisten auf. In Baden wird die Einheitsliste von Reichsminister Dr. Curtius und Reichsminister Dr. Dietrich geführt. An der Spitze der württembergischen Einheitsliste stehen Dr. Theodor Heuß und der bisherige volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Reimath. Die beiden Kreiswahlvorschläge werden miteinander verbunden.

Beide Parteien haben sich zu diesem Schritt entschlossen, um dem Staatsbürgertum in nunmehr geschlossener Front die ihm gebührende Machtposition zu geben, die im Interesse der Gesundheit von Staat und Wirtschaft notwendig ist. Sie erstreben eine nur von staatspolitischem Geist getragene, nach allen Richtungen hin unabhängige Reichstagsmehrheit. Nicht Interessenspolitik, sondern Staatspolitik, nicht Zersplitterung, sondern Sammlung heißt die Parole!

Dazu bemerkt ein erläuternder Bericht der Deutschen Volkspartei u. a.: „Die Einigung ist eigentlich ohne besondere Schwierigkeiten zustande gekommen. Der Pakt ist nicht auf die Dauer geschlossen, sondern nur für die Zeit der Wahl. Nach der Wahl gewinnt jede Partei die völlige Freiheit ihres Handelns zurück. Die Sehnsucht der Wählerschaft geht auf eine Sammlung der bürgerlichen Parteien. Die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Staatspartei in Baden und Württemberg haben mit dieser Sammlung den Anfang gemacht. Man wird in der Wählerschaft lediglich bebauern, daß das Abkommen sich nicht auf die Kreise weiterer Parteien erstreckt, die hinter dem Kabinetts-Brüning stehen. Bereits aufgenommene Verhandlungen lassen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß es zum mindesten zum Burgfrieden zwischen der Einheitsliste der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei einerseits und der konservativen Volkspartei andererseits kommt.“

Aus der Landeshauptstadt

Ein neues Museum in Karlsruhe. Der Stadtrat hat das Vermächtnis von Graf und Gräfin Solms-Sonnenwalde unter den im Testament vorgesehenen Bedingungen angenommen. Demgemäß wird das Haus Bismarckstr. 24 mit den der Stadt vermachten Kunstgegenständen in seinem unteren Stockwerk als Solms-Museum eingerichtet. Im oberen Stockwerk sollen die jetzt im früheren Residenzschloß untergebrachten stadthistorischen Sammlungen zur Aufstellung kommen.

Ein Neunzigjähriger. Verkaufser a. D. Jakob Hummel kann heute in voller körperlicher und geistiger Frische seinen 90. Geburtstag feiern. 1861 trat er bei der ehem. Großh. Bad. Eisenbahnhauptwerkstätte Karlsruhe als Möbelschreiner ein, wurde dort Verkaufser und trat 1909 nach 48jähriger Tätigkeit in den wohlverdienten Ruhestand.

Falsche Hundertmarkscheine. Von den in Umlauf befindlichen Rentenbankscheinen über 100 M ist eine Fälschung festgestellt worden. Das Papier ist etwas stärker als das echte und fettig im Griff. Das Wasserzeichen ist durch einen dunklen Aufdruck unter Ausparung des Musters erzielt, darüber ist hauchdünnes Papier geklebt. Für die Ermittlung der Fälschmünderwerkstatt hat die Deutsche Rentenbank eine Belohnung bis 3000 M ausgesetzt.

Pfalzwein-Werbetage in Karlsruhe. Der Verein der Rheinpfälzer e. V., Karlsruhe, bezieht am 11. und 12. Oktober hier das Fest seines 10jährigen Bestehens. Getreu seiner Überlieferung beabsichtigt der Verein, diese Festtage zu einer Hilfeleistung für die durch die lange Befahrung schwerbedrückte Pfalz und den notleidenden pfälzischen Weinbau und Weinhandel durch einen Werbetag für den pfälzischen Wein auszugestalten. In einer Besprechung, an der Vertreter der Verkehrsvereine von Karlsruhe und Ludwigshafen, zahlreicher hiesiger landsmännlicher und sonstiger interessierter Vereine in Karlsruhe, des Berliner Rheinpfälzervereins und der Presse teilnahmen, wurde das Programm für diesen Werbetag eingehend besprochen. Allgemein fand der Gedanke, auch auf diese Weise der Pfalz dankbare Anerkennung und rege Unterstützung für ihr treues Ausharren zuteil werden zu lassen, freudige Zustimmung, und, wie mitgeteilt wurde, haben auch zahlreiche Rheinpfälzervereine im Reich ihre Unterstützung bei diesem Werbetag — auch durch rege persönliche Teilnahme — zugesagt.

Ein Karlsruher in den Alpen verunglückt. Nach einer Meldung aus München wurden am Kopftörlegrat im Wilden Kaiser drei Touristen, darunter ein Ingenieur Hans Riess von hier, von einem Bergführer ertrunken aufgefunden. Die Touristen waren am Donnerstag von der Gaudamushütte weggegangen, um eine Kletterpartie auf den Kopftörlegrat zu unternehmen. Beunruhigt über ihr langes Ausbleiben stieg ihnen der Bergführer nach und fand sie nur noch als Leichen vor. Die beiden anderen Verunglückten sind Heinz Klump aus Berlin und Dr. Paul Fischl aus Wien.

Eine Schwarzfahrende vor Gericht. Eine achtköpfige Schwarzfahrende stand gestern vor dem Amtsgericht wegen Diebstahls, Fehlerei, Betrugs und Fahrens ohne Führerschein. Die Angeklagten hatten längere Zeit hindurch aus Karlsruher Garagen Kraftwagen entwendet und damit Schwarzfahrten nach Forstheim, Bruchsal, Nastatt und anderen badischen Orten unternommen. Außerdem wird ihnen der Diebstahl von mehreren Flaschen Wein, eines Fahrrads und anderer Kleinigkeiten zur Last gelegt. Der Hauptangeklagte, der Heizer Ernst Red aus Karlsruhe, erhielt 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, der Kaufmann Walter Heil 4 1/2 Monate Gefängnis, der Erdbarbeiter Karl Lang als rückfälliger Dieb 1 Jahr Gefängnis und der Kaufmann F. J. Moberhart 3 1/2 Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten kamen mit Geldstrafen davon.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Wir befinden uns noch immer im Bereich der kühlen nordwestlichen Strömung an der Rückseite des hohen europäischen Tiefdruckgebietes. Stellenweise ist Aufbeiterung eingetreten; der unbeständige Witterungscharakter bei lebhaften Westwinden wird aber trotzdem anhalten. Wetterausichten: keine wesentliche Änderung. Nach kurzer Besserung wieder Regen.

WINSCHERMANN G.m.b.H. Kohlengroßhandlung Stephaniensstr. 49
Tel. 815, 816, 817

